

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Fragen zur drohenden de facto Enteignung der Hauseigentümer durch die extremen Forderungen der SP/JUSO nach Erhöhung der Quoten städtischer Liegenschaften

Die JUSO und SP streben eine massive Erhöhung der Quote städtischer Liegenschaften an. Wenn diese durchgesetzt werden soll, droht den kleinen Hauseigentümern wie der grossen UBS die Enteignung auf Veranlassung der SP/JUSO.

Der Gemeinderat wird höflich darum ersucht, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Gemeinderat zu den von einer städtischen Regierungspartei (2 von 5 Sitzen im Gemeinderat) angestrebten de facto Enteignungen der Hauseigentümer der Stadt Bern?
2. Erachtet der Gemeinderat die Zielsetzung der SP/JUSO als mit den Bestimmungen der Eigentumsgarantie und die Wirtschaftlichen Grundrechten gemäss BV und KV vereinbar? Wenn ja, wieso? Wenn nein, warum nicht?
3. Rechnet der Gemeinderat aufgrund dieser extremen Forderungen mit negativen Folgen für die Stadt Bern? Wenn ja, in welchen Bereichen? Was will er dagegen tun? Wenn nein, warum nicht?

Bern, 12. September 2019

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Thomas Glauser, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 17. Oktober 2018 seine Wohnstrategie mit Massnahmen beschlossen und diese dem Stadtrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. Für die Ausgestaltung der städtischen Wohnpolitik ist diese handlungsleitend. Das Positionspapier «Wohnen in der Stadt Bern» der SP Stadt Bern vom 10. September 2019 hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Wie üblich kommentiert er Positionspapiere politischer Parteien nicht.

Zu Frage 2:

Wie in der Antwort zu Frage 1 ausgeführt, kommentiert der Gemeinderat Positionspapiere politischer Parteien nicht. Für die Ausgestaltung der städtischen Wohnpolitik ist die Wohnstrategie mit Massnahmen des Gemeinderats handlungsleitend.

Zu Frage 3:

Da im SP-Positionspapier von Enteignungen nicht die Rede ist und solche auch sonst nicht erwogen werden, sind keine negativen Folgen für die Stadt Bern zu erwarten.

Bern, 16. Oktober 2019

Der Gemeinderat